



## Absurdes

Der Kalenderspruch des Tages lautet: „Das Absurde hat nur insofern einen Sinn, als man sich nicht mit ihm abfindet.“ Albert Camus (1913-1960), französischer Schriftsteller und Philosoph. Quelle: Springer Jahreskalender

Die erste Mail des Tages: „Ich bin Frau Maria Elisabeth Schaeffler, ich habe beschlossen, Ihnen 1.000.000,00 Euro auszugeben. Wenn Sie sich an meiner Spende beteiligen. Wenn Sie interessiert sind, kontaktieren Sie mich für weitere Informationen.“ Leider sind diese Angebote substanzlos und man muss sich mit ihrer Absurdität abfinden.

Ob Bundestag oder Abgeordnetenhaus, die Haushaltsberatungen haben begonnen, und eine Spende von Frau Schaeffler wird es nicht geben. Natürlich muss gespart werden. In den letzten fünfzig Jahren habe ich nie etwas anderes gehört, als dass gespart werden muss. Einerseits hat Berlin weiterhin 66 Milliarden Schulden (*war schon mal weniger*), andererseits über vier Milliarden Rücklagen. Schön. Und diese Rücklagen sollen im neuen Haushalt für die Jahre 2024/2025 verbraucht werden. Wer so hoch verschuldet ist, wie Berlin, muss sich keine Sorgen mehr machen. Nur eine künstliche Intelligenz könnte vielleicht errechnen, wie viele Generationen es braucht, um eines Tages wieder schuldenfrei zu sein.

Über die Milliarden, die während der Corona-Pandemie wegen Missmanagement verpulvert wurden, brauchen wir nicht mehr zu reden. Es herrschte Goldgräberstimmung bei allen, die mitverdienten. BioNTech versucht erst gar nicht, das Milliardengeschäft zu verschleiern, befindet sich doch der Firmensitz in Mainz „An der Goldgrube 12“.

Die Rüstungsindustrie, weltweit, erlebt einen Goldrausch wie lange nicht. Sie kann gar nicht so schnell produzieren, wie das Material vor Ort in der Ukraine explodiert. Und wenn es, zweifelsohne notwendigerweise, um die Landesverteidigung geht, wobei unsere Freiheit nicht mehr am Hindukusch, sondern im Donbas verteidigt wird, dann müssen Zahlen aufgerufen werden, die ein Zeichen setzen. Nicht 89,5, sondern natürlich 100 Milliarden. Wirklich absurd ist es, diese Summe „Sondervermögen“ zu nennen, weiß doch jeder, dass es zusätzliche Schulden sind. Damit sich die Zahlen in meinem Haushaltsbuch angenehmer lesen, habe ich den Eintrag „Rückzahlung Kredit“ umformuliert in „Erstattung Sondervermögen.“ Kein Wunder, wenn sich auch andere an der 100.000.000.000-Euro-Marke orientieren. Im März

wurde im Bundestag ein Antrag der Linken debattiert: „100 Milliarden Euro Sondervermögen für Bildung“. „Die Linke argumentiert unter anderem mit dem ‚immensen Sanierungsstau in der Bildung‘. Dieser habe seine Ursache in der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern, nach der der Bund nicht in den Schul- und Hochschulbau investieren dürfe. Die Finanzierung der Bildung müsse daher endlich als Gemeinschaftsaufgabe verstanden und als solche im Grundgesetz verankert werden, fordern die Linken über die Einrichtung eines Sondervermögens hinaus.“ „Wer 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr aufgelegt hat, muss sich angesichts des Zustandes des Bildungssystems fragen lassen, warum nicht gleichermaßen 100 Milliarden Euro Sondervermögen für Bildung bereitgestellt werden“, heißt es weiter. Quelle: Deutscher Bundestag

Die **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft** (GEW) hat sich der Forderung angeschlossen und fordert auch ein 100-Milliarden-Programm für Kitas und Schulen: „Bildung ist ein Menschenrecht“. So ein Programm ist dringend notwendig, gerade in Brandenburg, Berlin und Bremen, die am Ende der Skalen aller Bildungsstudien stehen.

Im aktuellen Ländervergleich schneiden Sachsen, Bayern und Thüringen am besten ab. Bildungsnotstand ist kein Stadtstaatenproblem, denn Hamburg liegt auf Platz 4. Dass Sachsen (Platz 1) und Thüringen (Platz 3) die Liste anführen, hat hoffentlich nichts damit zu tun, dass dort die AfD stärkste Umfragewertepartei ist: Sachsen 33,4 und Thüringen 32,9 Prozent. SPD, Grüne und FDP (Bundesampel) sind fast schon als Splitterparteien zu bezeichnen. Wenn es so weiter geht, finden sie sich im Gesamtblock „Sonstige“ wieder.

Viele junge Menschen in Berlin und anderswo verlassen die Schulen und sind dumm wie Bohnenstroh. Nicht einmal die Hauptkompetenzen Schreiben und Rechnen sind ausreichend vorhanden. In Gesprächen mit Betrieben, die gern ausbilden möchten, höre ich immer wieder die Klagen, dass die möglichen Azubis nicht einmal die Grundvoraussetzungen mitbringen, um fehlerfrei ihren Namen unter den Vertrag zu setzen. Ja, ein 100-Milliarden-Programm für die Bildung ist dringend erforderlich. Es wäre ein Zukunftskredit, den die Nutznießer zurückzahlen sollten. Nichts ist doch ärgerlicher, als dumm durchs Leben zu laufen und auf dem Wahlzettel dort ein Kreuz zu machen, wo eine Partei das A als ersten Buchstaben hat und man gerade so viel weiß, dass dies auch der erste Buchstabe im Alphabet ist.



Können Sie sich noch an den Fall „Aiwanger“ erinnern? Vielleicht sogar besser als der Chef der *Freien Wähler* **Hubert Aiwanger** selbst. Der veröffentlichte Katalog mit 25 Fragen von **Markus Söder** an **Hubert Aiwanger** ist an Banalität, besser Absurdität, nicht zu überbieten. An einiges kann er sich nach 35 Jahren nur unzulänglich erinnern, an anderes recht genau. So ist er sich absolut sicher, nicht selbst das antisemitische Flugblatt erstellt zu haben. Und wie so oft, ist der Umgang mit einem Vorgang wie diesen schlimmer als der Vorwurf selbst. Aiwanger schaltete sofort in den Angriffsmodus um und warf den Medien eine „Schmutzkampagne“ vor mit der versucht werden sollte, die Grünen in die Landesregierung zu bringen. Das wird es in Bayern nicht geben, solange **Markus Söder** dort das Sagen hat.

Entsetzt zeigt sich Aiwanger, „wie mit einem Dokument aus meiner Schulzeit und der Weitergabe von Informationen aus dem geschützten Raum Schule durch einen Lehrer versucht wird, mich politisch und persönlich fertig zu machen.“ Ein „massiver Verstoß gegen das Bayerische Dienstrecht“ sei dies. Und natürlich behält sich Aiwanger rechtliche Schritte vor.

**Henryk M. Broder** hat zum „Fall Aiwanger“ einen interessanten Artikel in **DER WELT** am 5. September veröffentlicht. „Die Deutschen brauchen von Zeit zu Zeit einen Sündenbock, den sie schlachten können, um sich ihre eigene immerwährende Rechtschaffenheit zu beweisen. Aktuell ist es Hubert Aiwanger. Die Unschuldsvermutung gilt schon lange nicht mehr.“ „Es steht weder fest, dass er das unsägliche Flugblatt geschrieben, noch dass er es verteilt hat. Was ihn vor allem belastet, so tönt es auf allen Kanälen, ist sein amateurhafter ‚Umgang‘ mit der Affäre.“, schreibt Broder. Den Artikel fügen wir unserem Newsletter bei.

## Auswirkungen

Am 8. Oktober wird in Bayern gewählt. Die Auswirkungen durch den „Fall Aiwanger“ sind interessant. Die neueste Umfrage von heute veröffentlichte die **Forschungsgruppe Wahlen** für das **ZDF-Politbarometer**. Gewinner, gemessen an der Zeit vor der Veröffentlichung des Flugblatts durch die **Süddeutsche Zeitung**, sind die **Grünen** mit plus zwei auf 16 Prozent, und, wer hätte es gedacht, die **Freien Wähler** mit plus vier auf 16 Prozent. Söders **CDU** verliert drei Punkte auf aktuell 36 Prozent. Die **AfD** verliert zwei Punkte auf 12 Prozent. **SPD** (9%) und **FDP** (4%) verharren auf ihren Werten. Das Dreamteam Söder/Aiwanger wird weitermachen können.

## An den Winter denken

Bis einschließlich Dienstag werden 30 Grad und Sonne pur vorausgesagt, erst am Mittwoch sinken die Temperaturen auf 22 Grad und Regen ist im Anmarsch. Und ausgerechnet heute soll nun das umstrittene *Heizungsgesetz* vom Bundestag beschlossen werden, das korrekt „Gebäudeenergiegesetz“ heißt. So sinnvoll die Ergebnisse des Gesetzes für unsere Umwelt sein mögen, so schlecht ist es kommuniziert worden.

Ohne zusätzliche Beratungszeit soll es heute in zweiter und dritter Lesung beschlossen werden. „Das bleibt juristisch umstritten.“, meldet das **ZDF**. **Wem es draußen zu heiß ist, der kann sich die Debatte im Bundestag ab 12:30 Uhr auf Phoenix antun.** Ob das Gesetz durchgeht und „ob die Reihen geschlossen sind, wird sich nach 14 Uhr zeigen.“ „Dann soll die namentliche Abstimmung erfolgen. Gegenüber der Funke-Mediengruppe äußerte sich der Bundestagsvizepräsident, **Wolfgang Kubicki**, FDP, am Donnerstag: „Ich habe mich noch nicht final entschieden, wie ich abstimmen werde.“, heißt es beim **ZDF**.

Wir erinnern uns, dass der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete **Thomas Heilmann** bundesweite Bekanntheit erlangte, die ihm als Berliner Justizsenator verwehrt blieb, als auf seinen Antrag hin das Bundesverfassungsgericht die Abstimmung vor der Sommerpause stoppte. Möglich, dass das Gesetz erneut vor dem obersten Gericht landet.

Im ZDF-Sommerinterview sagte Grünen-Chef **Omid Nouripour**, er habe „noch nie erlebt, dass Gesetze vier Monate Streit erstmal brauchen, damit man sie überhaupt ins Parlament bringt“. Warum wohl? Schlecht kommunizierte und nicht hinreichend erklärte Gesetze lösen bei den Menschen keine Freude aus. Vor allem hat das **Robert Habeck** erfahren müssen. Einst Liebling der Nation im Ranking der zehn wichtigsten Politiker nach Sympathie und Leistung, belegt er nur noch Platz sieben, hinter ihm **Friedrich Merz**, **Sahra Wagenknecht** und **Alice Weidel**. Spitzenreiter sind **Boris Pistorius**, **Olaf Scholz** und **Markus Söder**. Im Mittelfeld auf den Plätze vier bis sechs, **Karl Lauterbach**, **Christian Lindner** und **Annalena Baerbock**. Quelle: Statista

Unsere Außenministerin hatte erneut Ärger mit dem ÖPNV. Erst versagte ihr Regierungsflieger, und gestern hat mal wieder irgendein Bodo mit dem Bagger zugeschlagen und den Hauptbahnhof in München lahmgelegt. Frau Baerbock fuhr mit dem Auto zurück nach Berlin.

**Ed Koch**